

29. SONNTAG IM JAHRESKREIS – A

Mt 22,15-21

Richtige Unterscheidung zwischen dem des Kaisers und dem, was Gott gehört

Es hat sich ja wunderbar gewendet. Am Anfang des heutigen Evangeliums steht eine Falle, die man Jesus gelegt hat, damit er stolpert... Am Ende aber steht eines der bekanntesten Worte unseres Herrn: „*Gebt dem Kaiser, was dem Kaiser gehört, und Gott, was Gott gehört!*“ (Mt 22,21).

Dieses Wort Jesu hat eine große Wirkungsgeschichte entfaltet. Das ganze Verhalten des Herrn in diesem Evangelium hat uns aber sehr viel zu sagen.

Es ist ihm wieder einmal gelungen, nicht in eine Falle zu tappen. Dabei haben es seine Gegner diesmal wirklich gut vorbereitet. Sie beginnen mit Anerkennung der Weisheit Jesu: „*Meister, wir wissen, dass du die Wahrheit sagst und wahrhaftig den Weg Gottes lehrst und auf niemanden Rücksicht nimmst*“ (Mt 22,16). Freilich, es ist nicht ganz ernst gemeint, das Schmeicheln soll Jesu Aufmerksamkeit schwächen. Denn dann kommt die Fangfrage: „*Ist es erlaubt, dem Kaiser Steuer zu zahlen, oder nicht?*“ (Mt 22,17). Es werden nur zwei Möglichkeiten gegeben: *Ein Ja oder ein Nein*. Und beide bedeuten für Jesus Schwierigkeiten. Ein einfaches Ja würde als Verrat am außerwählten Volk gedeutet werden, da dieses unter der Fremdherrschaft der heidnischen Römer leidet. Ein Nein würde wiederum die Besatzungsmacht auf den Plan rufen: Majestätsbeleidigung, Aufruf zum Aufstand gegen die Staatsmacht.

Mit seiner genialen Antwort befreit sich Jesus aber aus der unmöglichen Situation: „*Gebt dem Kaiser, was dem Kaiser gehört, und Gott, was Gott gehört!*“ (Mt 22,21). Er unterscheidet zwischen zwei Bereichen: dem des Kaisers (dem irdischen, weltlichen) und dem, der Gott gehört (also dem Bereich des Glaubens, der Religion, der Kirche). Es ist nicht ein und derselbe, sondern es sind zwei – und verschiedene – Bereiche. Nicht alles im Leben ist Politik, nicht alles ist öffentlich. Es gilt aber auch: nicht alles ist gleich glaubensrelevant. Das heißt freilich nicht, dass diese zwei Bereiche nichts miteinander zu tun hätten oder dass sie nicht manchmal sogar in Konflikt geraten könnten. Es bedeutet aber, dass diese zwei Bereiche je eigenen Wert haben und ihre eigenen Gesetzmäßigkeiten. Es bedeutet, dass sie nicht einfach vermischt werden dürfen.

Denn der **christliche Glaube will nicht ein bestimmtes gesellschafts-politisches System aufbauen. Er kann in allen Systemen gelebt werden und ist von ihnen unabhängig**: Man kann Christ sein in einer Monarchie wie im Kapitalismus, in der Enge eines stets scheiternden Sozialismus wie in der modernen Demokratie. Seine Idee ist es nicht, die Gesellschaft nach einem vorgegebenen Muster zu gestalten – wie wir es in vielen anderen Religionen sehen. **Vielmehr will der christliche Glaube den Menschen so gestalten, dass er seine Berufung als Gottes Kind lebt und weiß, dass alles, vor allem er selbst, Gott gehört und dass er aus dieser Erkenntnis heraus in Freiheit und Verantwortung irdische Dinge ordnet.**

Das Zweite Vatikanische Konzil nennt das die „*richtige Autonomie der irdischen Wirklichkeiten*“ und sagt: „*Wenn wir unter Autonomie der irdischen Wirklichkeiten verstehen, dass die geschaffenen Dinge und auch die Gesellschaften ihre eigenen Gesetze und Werte haben, die der Mensch schrittweise erkennen, gebrauchen und gestalten muss, dann ist es durchaus berechtigt, diese Autonomie zu fordern. Das [...] entspricht auch dem Willen des Schöpfers. Durch ihr Geschaffensein selber nämlich haben alle Einzelwirklichkeiten ihren festen Eigenstand, ihre eigene Wahrheit, ihre eigene Gutheit sowie ihre Eigengesetzlichkeit und ihre eigenen Ordnungen, die der Mensch unter Anerkennung der den einzelnen Wissenschaften und Techniken eigenen Methode achten muss*“ (Gaudium et spes, 36). Und das Konzil bedauert auch, dass wir die in der Geschichte diese Autonomie der irdischen Wirklichkeiten zuweilen unzulänglich verstanden und zu wenig respektiert haben, wodurch Missverständnisse und Streitigkeiten entstanden sind.

Wir sehen, dass mit seiner berühmten Antwort, was des Kaisers und was Gottes sei, der Herr auch ein Prinzip benennt, das die Beziehungen zwischen Kirche und Staatsmacht prägen soll. Sie sind nicht gleich, man muss zwischen ihnen unterscheiden.

Die Politik darf nicht in die Kirche hineinregieren und ihren öffentlichen Kult bestimmen oder ihre Personalfragen oder gar Glaubensinhalte nach eigenen Interessen beeinflussen wollen. Die

Geschichte zeigt uns freilich, dass diese Versuchung unter den Mächtigen immer wieder vorkommt. **Und so muss die Kirche immer wieder die eigene Autonomie betonen und, wenn es sein muss, auch gegen die Mächtigen verteidigen.** Aus diesem Grund sind auch die Entscheidungen staatlicher Autoritäten über die Zulässigkeit oder Unzulässigkeit öffentlicher Gottesdienste in Zeiten der Pandemie oder anderer Krisenmomente sehr heikel und sollen im Sinne eines guten Miteinander, das in Österreich gepflegt wird, immer gemeinsam, nie aber gegen die Glaubensgemeinschaften getroffen werden. Eben, weil es immer auch das gibt, was nur Gott gehört.

Dieses Prinzip gilt aber auch umgekehrt: **Die Kirche darf sich nicht anmaßen, alle Bereiche der menschlichen Gesellschaft und der staatlichen Politik mit ihrer Lehre regeln zu können.** Daran sollten wir auch in unseren Zeiten denken, weil auch heute manche Priester oder Bischöfe, sogar sehr hochgestellte Bischöfe, dazu neigen, sich zu allem zu äußern und dabei eigene Kompetenzen zu überschreiten. Es gibt Bereiche, in denen wir als Theologen über kein Fachwissen verfügen. Und da sollen wir dann äußerst zurückhaltend sein. Es gibt Fragen, bei denen andere Wissenschaften mehr zu sagen haben als wir mit Theologie und Glaube – eben weil es die richtig verstandene Autonomie der irdischen Wirklichkeiten gibt, wie es das Konzil nennt. Und manchmal müssen die Wissenschaften auch streiten, um zur richtigen, zur wahrhaftigen Antwort zu gelangen. Deswegen sollen wir uns nicht allzu schnell auf eine Seite schlagen, sondern Weisheit und Zurückhaltung walten lassen.

Wir können Prinzipien kennzeichnen, die großen Grundsätze und Zusammenhänge benennen, wir sollen vergessene Aspekte in Erinnerung rufen, aber wir können keine konkreten Handlungsanweisungen an die politisch Handelnden geben, die ihre eigene Verantwortung zu tragen haben. Eben, weil es auch das gibt, was des Kaisers ist.

Das heutige Evangelium hat uns viel zu sagen: auf der gesellschaftlichen Ebene, auf der Ebene der Beziehungen zwischen Kirche und Staat, aber auch auf der ganz persönlichen Ebene. Es lehrt uns eine klare Unterscheidung zwischen der Sphäre Gottes und der des Kaisers. Natürlich müssen wir bei alledem die Gewichtung dieser Sphären in unserem Leben richtig definieren. Denn was gehört Gott nicht? **Ihm gehört doch alles.** Er ist nicht ein Kollege oder Konkurrent des Kaisers. Er ist doch der über alles Erhabene. Er ist vielmehr der Grund, auf dem wir stehen, die Luft, die uns das Leben ermöglicht. „*In ihm leben wir, bewegen wir uns und sind wir*“, sagt der hl. Paulus (Apg 17,28).

Trotz aller Unterscheidung gibt es also in unserem Leben keine Gott-freien Räume. Ihm müssen wir alles geben, weil wir von ihm alles, auch unsere eigene Existenz als Gabe empfangen. Er ist der Anfang unseres Denkens und der Grund, auf dem wir stehen: Gott gehört alles, weil wir ihm gehören, weil wir ihm uns selbst verdanken. Ihn sollen wir vor allem geben, was ihm zusteht: uns selbst, alles, was wir haben und sind, alles, was unser Leben ausmacht.

Dazu sind wir nun da, deswegen feiern wir die sonntägliche Eucharistie, um diese Mitte unseres Seins zu finden, dieses Geschenk des Lebens zu feiern und so die Kraft für die richtigen Entscheidungen auch in der Sphäre des Kaisers zu treffen.

Es ist eine Gnade, Gott zu geben, was ihm gehört, weil wir bereits alles von ihm bekommen haben. Gehen wir unsere Wege voller Dankbarkeit – zu seinem Lob, zu unserem Heil und zur Freude aller Menschen, mit denen wir am Aufbau der Gesellschaft beteiligt sind.

© Ladislav Kučkovský 2020